„Die Schulen sind nicht kaputtgespart, im Gegenteil“

Category: Blog
geschrieben von Aus fremder Feder | 24. November 2026



„Schimmel an den Wänden, überlastete Lehrkräfte, zu wenig Schulsozialarbeit und ungleiche Bildungschancen“: Mit diesen Missständen begründet die Bundesschülerkonferenz (BSK) ihren Bildungsprotest am Freitag in Berlin. Gemeinsam mit Fridays for Future und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ruft sie zu der Aktion auf. Von den Protesten der Initiative „Gen Z regelt“ hatte sie sich bewusst distanziert. Die F.A.Z. hat mit Ludger Wößmann über die Forderungen gesprochen. Er leitet seit 2004 das Ifo Zentrum für Bildungsökonomik in München.

„Für das Grundanliegen der Schüler habe ich allerhöchstes Verständnis“, sagt Wößmann. Der Staat gebe zu viel für laufende Ausgaben und Konsum aus, aber zu wenig für Investitionen; zugleich häuften sich die Schulden. Es fehle an einer Balance zwischen den Generationen. Die Forderungen seien grundsätzlich richtig. „Doch ich fürchte, dass die angesprochenen Maßnahmen nichts am Kernproblem ändern werden.“



Anne Kokenbrink, FAZ-Redaktorin

Die Bundesschülerkonferenz fordert vor allem mehr Investitionen in das Schulsystem, psychologische Unterstützung, Personal und mehr Mitbestimmung. Die Politik lasse junge Menschen mit den Folgen eines „kaputtgesparten Bildungssystems“ allein. „Politisch wird von Fortschritt und Chancengleichheit gesprochen, doch es scheitert an der Finanzierung der grundlegendsten Aufgaben des Bildungssystems“, heißt es.

Ökonom Ludger Wößmann vermisst in den Forderungen ein Thema, das er für zentral hält: die historisch schlechten PISA-Ergebnisse und die sinkenden Basiskompetenzen. „Fünfzehnjährige erreichen hierzulande heute ein Leistungsniveau, auf dem vor gut zehn Jahren Dreizehnjährige gelegen haben“, betont er. Das sei ein „Desaster“. Lesen, Schreiben und Rechnen seien Voraussetzungen für Ausbildung, Beruf und Produktivität. Ohne diese Grundlagen gerate auch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, gerade bei anspruchsvollen und technologischen Tätigkeiten, in Gefahr. Stattdessen forderten die Schüler vor allem mehr Geld und Personal für ihre Anliegen.

„Schulen sanieren“

Die Schülervertreter fordern als ersten Punkt sanierte Gebäude für eine „saubere und moderne Lernumgebung“. Marode Schultoiletten stehen sinnbildlich für die Diskussion. Wößmann verweist darauf: „Die Schulen sind nicht kaputtgespart, im Gegenteil.“ Die Ausgaben je Schüler seien über die Jahre gestiegen und auch international nicht besonders niedrig. Die öffentlichen Haushalte gaben 2024 laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich 10’500 Euro je Schüler aus – nominal 50 Prozent mehr als vor einem Jahrzehnt. „Die Forschung zeigt eindeutig: Es

reicht nicht, einfach mehr Geld ins System zu stecken“, sagt Wößmann.

> *„Ein schöneres Gebäude hat zunächst einmal null Effekt darauf, wie viel die Schüler lernen. Gleiches gilt für kleinere Schulklassen oder mehr Computer.“*

Dass viele Schulen dringend saniert werden müssen, bestreitet der Ökonom nicht. Zugleich gebe es viele hochmoderne Schulen. Entscheidend sei, die Mittel so einzusetzen, dass die Schüler tatsächlich mehr lernten. „Denn ein schöneres Gebäude hat zunächst einmal null Effekt darauf, wie viel die Schüler lernen. Gleiches gilt für kleinere Schulklassen oder mehr Computer.“

Ein Problem bei der Sanierung seien Föderalismus und Bürokratie. Schulgebäude sind meist Sache der Kommunen; zwischen Förderzusage und fertigem Klassenraum liegen Planung, Personal, Vergabe und Bau. „Wenn eine Gemeinde eine Schule bauen will, ist es, als würde die Welt von Neuem starten. Die Immobilienwirtschaft schlägt da die Hände über dem Kopf zusammen.“ So erkläre sich auch der Investitionsstau bei Schulen. Die KfW bezifferte den kommunalen Rückstand bei Schulgebäuden in diesem Jahr auf 68,9 Milliarden Euro. Das ist der größte Einzelposten im kommunalen Rückstand von insgesamt 231,2 Milliarden Euro.

„Bildung für alle“

„Unser System gibt nicht allen die gleichen Chancen“, kritisiert die BSK. Der Abschluss dürfe nicht vom Elternhaus abhängen. Wößmann stimmt zu: Bildungschancen hingen in Deutschland stark von Einkommen und Bildung der Eltern ab. Laut Ifo-Chancenmonitor liegt die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs für ein Kind aus einer Familie ohne Abitur und mit niedrigem Einkommen bei rund 17 Prozent; bei privilegierter Herkunft beträgt sie gut 82 Prozent. Die Bildungsungerechtigkeit zähle neben den Leistungsschwächen zu den zentralen Problemen.



Ludger Wößmann, Leiter des Ifo Zentrums für Bildungsökonomik in München

Mehr Geld helfe jedoch nicht, wenn es überall gleichmäßig verteilt werde. Nötig sei gezielte Förderung dort, wo familiäre Unterstützung und Lerngelegenheiten fehlten: hochwertige frühkindliche Bildung, verlässliche Sprachförderung, zusätzliche Lernzeit sowie Mentoring oder Nachhilfe für Kinder, deren Eltern sich das nicht leisten können. Die Unterschiede entstünden oft schon vor dem ersten Schultag. Frühförderung sei deshalb auch eine Investition in Fähigkeiten, die später am Arbeitsmarkt gebraucht würden.

„Schulen updaten“

Handys, soziale Medien und Künstliche Intelligenz (KI) gehörten zur Lebenswelt der Schüler, sagen die Schülervertreter; Schulen müssten Chancen und Risiken vermitteln. Wößmann hält Medienbildung für wichtig, aber nicht primär für eine Frage zusätzlicher Ausgaben. Sie müsse im Unterricht an die Lebenswelt Jugendlicher anschließen und zeigen, was die Inhalte mit ihrem Alltag zu tun hätten.

Auch die Art von Unterricht und Prüfungen müssten sich angesichts der KI verändern. Erste Forschungsergebnisse deuteten laut Wößmann darauf hin, dass KI kurzfristig bessere Ergebnisse ermöglichen könne, ohne dass Schüler dadurch mehr lernten. Umso wichtiger würden Basiskompetenzen: Schüler müssten Fragen stellen, Antworten verstehen und kritisch prüfen können.

„Lehrkräfte entlasten“

Zu oft übernähmen Lehrkräfte administrative Aufgaben, etwa Geräte zu reparieren oder Lernplattformen einzurichten, kritisiert die Schülerkonferenz. Multiprofessionelle Teams könnten entlasten. Wößmann hält das in bestimmten Bereichen für sinnvoll. Es könne nicht Aufgabe der Lehrkräfte sein, jeden Morgen sicherzustellen, dass die Technik im Klassenraum funktioniere. Technischer Support könne dabei helfen. Entscheidend sei, ob eine Maßnahme den Schülern tatsächlich mehr Lernen ermögliche. Viele Lösungen seien teuer, brächten aber wenig Lerneffekt.

> *„Wir bräuchten jährlich verbindliche Zwischen- und Abschlussprüfungen, die transparente Vergleiche zwischen den Bundesländern sichtbar machen.“*

Auch beim Lehrkräftemangel müsse man unterscheiden. Engpässe gebe es vor allem in bestimmten Fächern und Regionen; Ausbildung, Fächerkombinationen und Verteilung durch die Länder spielten dabei eine Rolle. Zugleich falle Unterricht aus, weil Lehrkräfte krank seien oder Vertretungen fehlten. Mehr Köpfe allein lösten nicht jede Unterrichtslücke, sagt er. Schulen brauchten auch verlässliche Vertretungsreserven, etwa Springer, die etwa in Krankheitsfällen aushelfen könnten.

„Geld erklären“

„Was Geld angeht, sind wir oft schlecht vorbereitet“, schreiben die Schüler. Sie fordern realitätsnahe Wirtschafts- und Finanzbildung. Ökonom Wößmann begrüßt das Anliegen. Die meisten Bundesländer seien in diesem Bereich unterentwickelt; ein eigenes Unterrichtsfach Wirtschaft gebe es nicht. Für Alltag und Berufsleben sei es wichtig zu wissen, wie man fürs Alter spart, wie die Wirtschaft funktioniert und dass der Staat nicht alles subventionieren könne.

Fokus auf Grundkompetenzen

Wößmann plädiert dafür, nicht nur über die Inputs in das Bildungssystem zu sprechen, sondern die Lernergebnisse in den Mittelpunkt zu stellen: Schulen brauchten klare Bildungsziele, regelmäßige Lernstandserhebungen und mehr Eigenständigkeit bei der Umsetzung. „Wir brauchten jährlich verbindliche

Zwischen- und Abschlussprüfungen, die transparente Vergleiche zwischen den Bundesländern sichtbar machen“, sagt er. Sie könnten Lernlücken früh sichtbar machen und gezieltere Förderung ermöglichen. Zudem könnte das den Wettbewerb zwischen den Bundesländern fördern, sodass Leistungen stiegen.

Als Positivbeispiel nennt der Ökonom Hamburg: Dort würden Lernstände stärker beobachtet, Sprachförderung datenbasiert organisiert und Schulen in schwieriger Lage gezielter unterstützt. Nötig sei dafür aber politischer Wille und mehr Aufmerksamkeit in der Gesellschaft. Nicht zuletzt müssten auch die Elternhäuser, so weit wie möglich, einen Beitrag für die Bildung der Kinder leisten.

Legende Beitragsbild: *Kaputtgespartes Bildungssystem? Die Unzufriedenheit mit der Politik trieb viele junge Menschen auf die Straße. (Bild: Maximilian von Lachner)*